

IHK Potsdam | Postfach 60 08 55 | 14408 Potsdam

Ihre Zeichen/Nachricht vom

Ihr Ansprechpartner

Landkreis Teltow-Fläming
Dezernat III
Rechtsamt / Beteiligungsmanagement
Am Nuthefließ 2
14943 Luckenwalde

11.02.2020

Stellungnahme: Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der GAG Klausdorf gGmbH

Sehr geehrte |

gemäß § 92 Abs. 3 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) wurde der Industrie- und Handelskammer Potsdam Gelegenheit gegeben, zur Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf gGmbH (GAG Klausdorf gGmbH) Stellung zu nehmen. Hauptgesellschafter ist der Landkreis Teltow-Fläming mit einem Anteil von 75 % sowie die Gemeinde Am Mellensee mit einem Anteil von 25 %. Als Arbeitsförderungsgesellschaft hat sich die hier gegenständliche Gesellschaft zur Aufgabe gestellt, Arbeitslose und Arbeitssuchende wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Daneben widmet sich die GAG Klausdorf gGmbH der Arbeit in der Flüchtlingshilfe sowie der Kinder- und Jugendarbeit, die im Konsens der Verhinderung von Kinderarmut in Bedarfsgemeinschaften und bei Alleinerziehenden steht. Insbesondere soll im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit verhindert werden, indem Kinder und Jugendliche sowie deren Familien in ihrer Lebensplanung unterstützt und diesen Hilfestellungen bei der Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen geboten werden.

Die vorliegende Stellungnahme basiert auf der uns zugesandten Anfrage vom 17.12.2019, hier eingegangen am 19.12.2019 mit erläuternden Informationen, dem Satzungsentwurf sowie dem aktuellen Gesellschaftsvertrag und dem Konzept der GAG Klausdorf gGmbH. Eine Wirtschaftlichkeitsanalyse wurde nicht erstellt.

Im Rahmen der Stellungnahme sind regelmäßig folgende Merkmale kommunalwirtschaftlicher Tätigkeit dahingehend zu beleuchten, ob Wettbewerbssituationen zum Nachteil der Privatwirtschaft geschaffen werden könnten. Hierzu werden insbesondere das Vorliegen eines

öffentlichen Zwecks, die Beachtung der Subsidiarität und die Angemessenheit der Annexstätigkeiten sowie das Örtlichkeitsprinzip betrachtet. Darüber hinaus ist es für die Stellungnahme von Bedeutung, ob die geplante Tätigkeit in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune steht. Dies auch vor dem Hintergrund, da defizitäre kommunale Unternehmen regelmäßig zu Lasten der steuerzahlenden Unternehmen und Bürger betrieben werden.

Der Landkreis Teltow-Fläming als Hauptgesellschafter plant spätestens im April 2020 der Kreisverwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage zur Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der o.g. Gesellschaft zur Beschlussfassung vorzulegen. Derzeit lautet der Unternehmensgegenstand wie folgt:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Berufsbildung. Die Gesellschaft verwirklicht den Zweck der Gemeinnützigkeit durch Förderung und Durchführung von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen einschließlich sozialpädagogischer Begleitung mit dem Ziel der Vermittlung von Arbeit. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung der Berufsbildung unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit dienen.

Dieser Gesellschaftsgegenstand soll zukünftig lauten: „Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Erziehung, der Bildung, der Jugendhilfe sowie des bürgerschaftlichen Engagements.“ Zur Verwirklichung des Zwecks der Gemeinnützigkeit wird der Unternehmensgegenstand wie folgt erweitert „die Hilfe und Unterstützung von jungen Menschen unter Berücksichtigung ihrer Familien und die Förderung ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung, die Durchführung von Jugendhilfemaßnahmen, u.a.

- Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII)
- Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII)
- Förderung der Erziehung in der Familie (§ 16 SGB VIII)
- Hilfen zur Erziehung (§§ 27 ff. SGB VIII)
- Beratung und Unterstützung von Alleinerziehenden (§ 52a SGB VIII) sowie die Durchführung von Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der sozialen Arbeit.

Bei der geplanten Änderung und Erweiterung des Unternehmensgegenstandes handelt es sich um Tätigkeiten, die den Kernbereich der kommunalen Daseinsvorsorge, insbesondere die soziale Betreuung, betreffen, vgl. § 2 Abs. 2 BbgKVerf.

Weiterhin ist im Rahmen dieser Stellungnahme zu prüfen, ob das Vorhaben die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommune übersteigt. Im Rahmen der Erweiterung des Unternehmensgegenstandes insbesondere dem erweiterten Tätigkeitsbereich wird zunächst auf das vorhandene Netzwerk der GAG Klausdorf gGmbH zurückgegriffen. Die bisherigen Standorte der GAG Klausdorf gGmbH in Luckenwalde und Zossen sowie deren Mitarbeiter würden künftig neben der Förderung der Berufsbildung auch Kinder, Jugendliche und deren Familien in ihrer Lebensplanung unterstützen sowie Hilfestellungen bei der Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen bieten. Insoweit sollen vorhandene Strukturen und Synergien genutzt werden. Eine finanzielle Mehrbelastung des Landkreises Teltow-Fläming und der Gemeinde Am Mellensee ist mit diesem Vorgehen nicht zu erwarten, so dass kein Anlass besteht, Zweifel am Verhältnis

der Angemessenheit der Aufgaben der GAG Klausdorf gGmbH und der Leistungsfähigkeit des Landkreises Teltow-Fläming und der Gemeinde Am Mellensee zu haben.

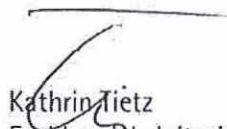
Darüber hinaus haben die Gemeinden im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern wirtschaftlicher erbracht werden können, diesen Anbietern auch übertragen werden (§ 91 Abs. 3 BbgKVerf). Dazu sind Angebote einzuholen oder Vergleichsberechnungen vorzunehmen, die der Gemeindevertretung vorzulegen sind. Aus den uns vorliegenden Unterlagen geht zwar hervor, dass die Unternehmensgegenstandserweiterung im öffentlichen Interesse für erforderlich gehalten werde, eine entsprechende Beschlussfassung des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming ist indes bisher nicht erfolgt. Zudem hat sich auch das Jugendamt des Landkreises Teltow-Fläming für eine Trägervielfalt ausgesprochen. Soweit weder ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt noch Vergleichsangebote privater Dritter eingeholt worden sind, kann auf diese verzichtet werden, wenn vorliegend der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming die wirtschaftliche Betätigung im Rahmen der Unternehmensgegenstandserweiterung der GAG Klausdorf gGmbH im öffentlichen Interesse für erforderlich hält. Diese Entscheidung des Kreistages wäre zu begründen (vgl. § 91 Abs. 3 Satz 3 BbgKVerf).

Ferner war zu bewerten, ob die Gesellschaft auch außerhalb ihres Hoheitsgebietes plant, tätig zu werden (§ 91 Abs. 4 BbgKVerf). Dass mit der Erweiterung des Unternehmensgegenstandes geplante Vorhaben, Kinder, Jugendliche und deren Familien in ihrer Lebensplanung zu unterstützen und Hilfestellungen bei der Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen zu bieten, bedarf einer sozialräumlichen Orientierung im Landkreis Teltow-Fläming. Auf ein Tätigwerden außerhalb des Hoheitsgebiets gibt es mithin keine Hinweise.

Schließlich war zu beurteilen, ob Annextätigkeiten vorgesehen sind (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf). Soweit im Rahmen der Erweiterung des Unternehmensgegenstandes die soziale Betreuung insbesondere die Jugendhilfe vorgesehen ist, bestehen derzeit keine konkreten Anhaltspunkte für Nebenleistungen, die nicht von der sozialen Betreuung im Bereich der Jugendhilfe gedeckt sind.

Unter Zugrundelegung der uns vorliegenden Unterlagen und Informationen und vorbehaltlich der Beschlussfassung des Kreistages Teltow-Fläming über die Erforderlichkeit der Unternehmensgegenstandserweiterung im öffentlichen Interesse bestehen aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Potsdam keine Bedenken hinsichtlich der geplanten Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf gGmbH.

Mit freundlichen Grüßen



Kathrin Tietz
Fachbereichsleiterin Recht und Steuern